

# Vierpunktnull

Südwest Merkur, Ausgabe August 2020

Freie  
Demokraten

Baden-  
Württemberg **FDP**

FDP/DVP Fraktion  
IM LANDTAG BADEN-WÜRTTEMBERG

## Politik ohne Zuckerguss

Auftakt zum Landtagswahlkampf 2021

Interview mit dem Präsidenten des Landesverbands der Freien Berufe, Dr. Björn Demuth

Bürokratische Pflichten sind oft völlig praxisfern ausgestaltet

Von Michael Theurer MdB

Aufstocken als Chance: Liberales Bürgergeld für künftigen Wohlstand

Von Dr. Hans-Ulrich Rülke MdB

Was heute und morgen zählt

Aus der FDP/DVP Fraktion

Für ein Recht auf beste Bildung

Aus der FDP/DVP Fraktion

Wege aus der Wirtschaftskrise

Von Judith Skudelny MdB, Generalsekretärin

## Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,



den Außerordentlichen Landesparteitag in Karlsruhe haben wir unter erschwerten Bedingungen gemeistert. Als erste Partei hat die FDP Baden-Württemberg einen Parteitag unter Corona-Bedingungen durchgeführt. Leider musste ich dafür alle nicht-delegierten Parteimitglieder bitten, auf ihr Recht, am Parteitag teilzunehmen, zu verzichten. Ich bin stolz darauf, dass Sie Verständnis dafür gezeigt haben und in diesen besonderen Zeiten Verantwortung für unsere Partei übernommen haben. Der reibungslose Ablauf des Parteitags zeigt: Als Liberale wissen wir, dass Freiheit und Verantwortung zusammengehören.

Mit einem erstklassigen Hygienekonzept, Abstandsgebot und Maskenpflicht konnten wir in einem Präsenzparteitag wichtige personelle und inhaltliche Weichen für die Landtagswahl 2021 stellen: Wir haben nicht nur Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL zum Spitzenkandidaten der FDP Baden-Württemberg gekürt, sondern auch unser Landtagswahlprogramm beraten und verabschiedet.

Dieses Wahlprogramm ist mehr als je zuvor eine Teamleistung! Schon im Vorfeld haben sich zahlreiche Mitglieder, Kreis- und Ortsverbände, Vorfeldorganisationen und Landesfachausschüsse konstruktiv und kreativ mit rund 1.000 Vorschlägen in die Erstellung des Programms eingebracht. Als Generalsekretärin danke ich allen ganz herzlich, die ihren Beitrag geleistet haben. Auf dem Parteitag haben wir 232 Änderungsanträge diskutiert. Herausgekommen ist ein fulminantes Programm, bei dem für mich drei große und wichtige Themen im Mittelpunkt stehen:

Der wichtigste Punkt ist natürlich das Bildungssystem. Dass wir während der Corona-Krise 20 Prozent der Schüler einfach verloren haben, weil sie nicht über die technischen Voraussetzungen für das Homeschooling verfügen, ist in einem so reichen Bundesland wie unserem einfach unerträglich. Der Rückstand von Baden-Württemberg bei der Digitalisierung im Bildungswesen muss aufgeholt werden! Wir setzen uns für eine kraftvolle Qualitätsoffensive ein, damit jeder Mensch in Baden-Württemberg das

für ihn passende Bildungsangebot erhält. Denn die FDP kümmert sich ideologiefrei um die Bildungspolitik - für uns steht im Fokus, wie wir die besten Ergebnisse erzielen!

Das zweite Thema ist der Wasserstoff: Europa steht vor einer nie dagewesenen Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen wir aktuell noch nicht einmal absehen können. Die Politik muss jetzt die notwendigen Impulse schaffen, damit wir langfristig zurück auf den Wachstumspfad finden. Für uns Freie Demokraten ist klar, dass Klimaschutz und Wirtschaftswachstum miteinander in Einklang stehen müssen. Der Wasserstoff kann dabei eine entscheidende Rolle spielen – sowohl als Grundstoff für synthetische Kraftstoffe, dank derer wir unsere bestehenden Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor klimaneutral weiterfahren können. Aber auch als klimaneutraler Energieträger in der Chemie- und Stahlindustrie. Deshalb setzen wir uns für eine abgestimmte Wasserstoffstrategie von Bund, Ländern und Kommunen ein.

**Diesel-Fahrverbote:** Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Erkenntnisse sich mit einer Veränderung der Lage wandeln. Und so wie die Virologen ihre Hinweise regelmäßig an die neuesten Erkenntnisse anpassen, müssen wir das auch bei der Mobilität tun. Durch den Lockdown hatten wir stellenweise bis zu 20 Prozent weniger Straßenverkehr in den Städten. Trotzdem ist die Luftverschmutzung teilweise sogar angestiegen. Das zeigt uns, dass zwischen Verkehr und Luftverschmutzung weit weniger Zusammenhänge bestehen, als wir bislang angenommen haben. Für eine Partei der Freiheit darf es unter diesen Voraussetzungen keine Fahrverbote geben! Die FDP weiß, dass Umweltschutz ganzheitlich gesehen werden muss. Dass andere aus ideologischen Gründen das Auto am liebsten ganz verbieten wollen, lassen wir nicht zu!

Wir haben einen Spitzenkandidaten und wir haben ein Wahlprogramm mit hervorragenden Inhalten: Jetzt geht es im Wahlkampf darum, diese Inhalte den Menschen im Land zu vermitteln.

Denn eines ist sicher: Wir wollen regieren!

In diesem Heft werden Sie aber nicht nur über die Ergebnisse unseres Landesparteitags informiert: Sie lernen außerdem unseren Spitzenkandidaten Dr. Hans-Ulrich Rülke näher kennen, der uns in einem Interview zu politischen und persönlichen Fragen

Rede und Antwort gestanden hat. Der Präsident des Landesverbands der Freien Berufe, Dr. Björn Demuth, berichtet im Interview von alten und neuen Herausforderungen, vor denen die zahlreichen Freiberufler in unserem Land stehen. Und im Gastbeitrag unseres Landesvorsitzenden Michael Theurer erfahren Sie, wie durch ein Liberales Bürgergeld sozialer Aufstieg ermöglicht wird. Im zweiten Teil des Heftes berichtet dann wie gewohnt die Landtagsfraktion von aktuellen Schwerpunkten ihrer parlamentarischen Arbeit.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Herzliche Grüße

Ihre




---

## Impressum

Herausgeber: FDP Landesverband Baden-Württemberg

Verantwortlich: Julian Schröder (Pressesprecher)

Redaktion: Julian Schröder, Nina Pahl, Jan Packebusch, Annette Wenk-Grimm

Anschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart

Telefon: (0711) 666 18-0

Email: [fdp-bw@fdp.de](mailto:fdp-bw@fdp.de), Web: [www.fdp-bw.de](http://www.fdp-bw.de)

Druck: BC DirectGroup GmbH, Berlin

Gestaltung: Nina Pahl, Markus Lochmann

Fotos: FDP-BW, Abgeordnete, FDP/DVP Fraktion, Shutterstock, LFB

## Außerordentlicher Landesparteitag in Karlsruhe

# Inhaltliche und personelle Weichenstellungen zur Landtagswahl

Als erste Partei auf Landes- und Bundesebene hat die FDP Baden-Württemberg einen großen Präsenzparteitag unter Corona-Bedingungen durchgeführt. Auf dem Außerordentlichen Landesparteitag am 18. Juli in der Messe Karlsruhe wurde Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, der seit 2009 Fraktionsvorsitzender der FDP/DVP Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg ist, mit überwältigender Mehrheit zum Spitzenkandidaten der FDP für die Landtagswahl 2021 gewählt. An Einzeltischen und im nötigen Sicherheitsabstand platziert, nahmen die rund 400 anwesenden Delegierten in der unter Normalbedingungen bis zu 10.000 Personen fassenden Messehalle neben der personellen Aufstellung zur Landtagswahl aber auch wichtige inhaltliche Weichenstellungen vor: Nach mehrstündiger, intensiver Debatte beschloss sie das Wahlprogramm der FDP Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2021.

„Wir haben einen Spitzenkandidaten, wir haben ein Wahlprogramm – der Wahlkampf kann kommen“, fasste Generalsekretärin Judith Skudelny MdB die Ergebnisse des Parteitags treffend zusammen. Und unser Landesvorsitzender Michael Theurer MdB versprach in seiner Rede einen „Wahlkampf, dass die Bude wackelt.“

„In Baden-Württemberg muss sich einiges ändern, damit dieses Bundesland nicht weiter zurückfällt“, so Theurer. „Wir waren früher mal stolz, dass wir vor den Bayern liegen. Aber wir liegen heute bei der Bildungspolitik, bei der Digitalisierung und beim E-Government hinter Bayern. Anstatt dass es einen Aufstand gibt gegen diese trantütige Landesregierung, gibt es einen Mehltau. Und Uli Rülke und ich haben uns vorgenommen, diesen Mehltau vom Land abzuklopfen!“



Hans-Ulrich Rülke unterstrich in seiner Bewerbungsrede den Anspruch der FDP, nach zehn Jahren verantwortungsvoller und konstruktiver Oppositionsarbeit wieder Regierungsverantwortung in Baden-Württemberg zu übernehmen: „Jeder bekommt die Regierung, die er verdient und Baden-Württemberg verdient es, von der FDP regiert zu werden.“

„Eine Deutschlandkoalition aus FDP, CDU und SPD täte Baden-Württemberg jetzt am besten, aber wir schließen auch eine Zusammenarbeit mit den Grünen nicht aus“, so Rülke weiter. Gleichzeitig stellte er klar: „Wenn wir in eine Regierung eintreten, muss liberale Politik betrieben werden, sonst lassen wir es.“ Heftig kritisiert wurden von Rülke die Linkspartei und die AfD, die beide keine Kooperationspartner für die FDP sein können: „Die Linke steht für Enteignungen, für den Austritt aus der NATO und sie stellt Europa infrage“, fasste Rülke zusammen. „Noch weniger ist die AfD ein Partner für die FDP.“

Diese Partei hat Rassismus und Antisemitismus zurück in die baden-württembergische Landespolitik gebracht. Diese Partei macht das Parlament und den Parlamentarismus in einem Fort lächerlich. Diese Partei ist von einer absoluten Gesinnungslosigkeit und diese Partei muss aus der Landespolitik wieder hinausgefegt werden!“

Im weiteren Verlauf seiner Rede umriss Rülke die Schwerpunkte liberaler Regierungsarbeit und entwarf die Vision eines Landes Baden-Württemberg im Jahr 2026, in dem, nach dann fünfjähriger Regierungsbeteiligung der FDP, unter anderem die Digitalisierung weit fortgeschritten ist, mehr Menschen Wohneigentum erwerben können und in dem es weiterhin ein gegliedertes Schulwesen gibt. Die nächste Legislaturperiode müsse eine Legislaturperiode sein, in der der Schaffung von Wohnraum Priorität eingeräumt wird, forderte Rülke und schlug eine Absenkung der Grunderwerbsteuer, weniger Bürokratie in der Landesbauordnung und

die Aktivierung privaten Kapitals vor. „Wir brauchen Investitionen in die digitale Infrastruktur, wir brauchen weiträumigen Ausbau von Glasfaser und wir brauchen überall in Baden-Württemberg Zugang zu 5G“, so Rülke weiter. Außerdem forderte er einen Schwerpunkt auf der beruflichen Bildung und kritisierte ein von der Politik befördertes Bewusstsein in der Gesellschaft, wonach eine Ausbildung,



**Hans-Ulrich Rülke**

**Die nächsten fünf Jahre in unserem Land werden fünf Jahre der Politik der Freiheit sein und dafür braucht es die Partei der Freiheit!**

etwa zum Facharbeiter, nicht mehr standesgemäß sei: „Die berufliche Bildung muss gleichwertig sein! Es ist falsch, wenn Politik erklärt, der Mensch fange erst beim Abitur an!“ Aus diesem Grund müsse auch die Realschule und die duale Ausbildung gestärkt werden. Es sei nicht richtig, Kindern einen Bildungsweg vorzuschreiben, sondern Kindern einen Hinweis zu geben, was für ein Kind in einer spezifischen Situation das Richtige sein kann. „Das Richtige kann ein Handwerksberuf genauso sein wie eine akademische Ausbildung und beides ist gleichwertig“, betonte Rülke. „Und um das zu erreichen, ist die FDP Baden-Württemberg die einzige Partei, die wieder den Mut hat, auf eine verbindliche Grundschulempfehlung zu setzen.“

„Wie wollen wir 2026 in Baden-Württemberg leben?“, fragte Rülke und lieferte die Antwort gleich mit: „Baden-Württemberg soll ein Land sein, in dem es immer noch viele Arbeitsplätze gibt – auch im produzierenden Gewerbe und in der Automobilwirt-

schaft - und es soll ein Land sein, das Wohlstand und Nachhaltigkeit miteinander verbindet. Die Menschen verdienen weiterhin gutes Geld, aber sie tun dies im wachsenden Bewusstsein für unsere Umwelt. Deshalb setzen wir darauf, dass bis 2026 der grüne Wasserstoff in Baden-Württemberg den Durchbruch geschafft hat und deshalb wird es mit uns auch keinen Koalitionsvertrag ohne eine Wasserstoffstrategie des Landes geben“, so Rülke. Die batteriebetriebene Elektromobilität sei nicht annähernd so umwelt- und klimafreundlich, wie die Grünen dies weismachen

Theurer in seiner Rede klar und griff das Narrativ der Grünen an, wonach es in Deutschland nicht genügend regenerative Energie zur Herstellung von Wasserstoff in solchen Mengen gebe, um daraus klimaneutrales Benzin, klimaneutralen Diesel und klimaneutrales Kerosin herzustellen und den Verbrennungsmotor aufrecht zu erhalten: „Was ist das für eine Vorstellung zu glauben, die Energie müsse aus Deutschland kommen? Es spricht überhaupt nichts dagegen, wenn wir heute Rohöl importieren, zukünftig grünen Wasserstoff zu importieren, der



Michael Theurer

**In Baden-Württemberg muss sich einiges ändern, damit dieses Land nicht weiter zurückfällt. Uli Rülke und ich haben uns vorgenommen, den Mehltau vom Land abzuklopfen!**

wollten. Gleichzeitig würden moderne, umweltfreundliche Formen der Weiterentwicklung des Verbrennungsmotors geächtet. „Die batterieelektrische Mobilität muss sich am Markt durchsetzen und nicht dadurch, dass das eine subventioniert und das andere verboten wird! Ich habe große Sorgen, dass die Fokussierung auf batterieelektrische Mobilität nicht zu technologischem Wandel führt, sondern zu sehr viel weniger Autos und zu weniger individueller Mobilität. Das ist das eigentliche Ziel der Grünen!“

„Wir sind diejenigen, die Klimaschutz und Arbeitsplätze miteinander verbinden“, stellte auch Michael

regenerativ in Portugal, Spanien oder Nordafrika hergestellt wird.“ „Wir haben drei Themen für das nächste Jahr“, so Theurer weiter: „Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und Arbeitsplätze! Wir werden nicht zulassen, dass durch eine falsche Politik der einseitigen Fokussierung auf die Elektromobilität nicht ein notwendiger Strukturwandel erfolgt, sondern ein Strukturbruch. Stattdessen setzen wir auf Technologieoffenheit!“

Außerdem kritisierte Theurer die Landesregierung für ihr Versagen bei der Breitbandversorgung und der Digitalisierung von öffentlicher Verwaltung

und Schulen: „Schonungslos hat die Corona-Krise die Versäumnisse in diesem Land ans Tageslicht gespült. Dieses Land, das etwa in internationalen Rankings der Europäischen Kommission zum Digitalisierungsgrad auf Platz 24 von 28 landet, muss jetzt durch einen Digitalisierungsschub nach vorne gebracht werden! Kultusministerin Eisenmann und die Landesregierung haben was die Digitalisierung des Lernens in unseren Schulen angeht auf ganzer Linie versagt!“

Auch der Bundesregierung warf Michael Theurer gravierende Fehler im Umgang mit der Corona-Krise vor: „Entgegen der landläufigen Wahrnehmung war es nicht so, dass die Bundesregierung und die Landesregierung frühzeitig und konsequent alles getan hätten, um die Auswirkungen der Pandemie einzudämmen“, kritisierte Theurer und erinnerte an parlamentarische Anfragen der FDP, die bereits im Januar eine Unterversorgung mit medizinischer Schutzausrüstung und Schutzmasken aufgedeckt hatten. „Wir waren auf diese Pandemie nicht richtig vorbereitet“, so Theurer. „Und erst als es gelungen ist, durch klare Rahmenvorgaben, durch Angebote und marktwirtschaftliche Anreize die Unternehmen in Deutschland dazu zu bringen, dass sie in die Produktion von Desinfektionsmitteln und in die Produktion von Schutzmasken eingestiegen sind, konnte der Mangel beseitigt werden. Das ist kein Versagen der Marktwirtschaft, sondern das ist ein Versagen der Regierungen, die eben nicht entsprechend auf diese Pandemie vorbereitet waren!“ Um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise abzufedern, forderte Theurer ein Belastungsmoratorium: „Viele Betriebe stehen mit dem Rücken zur Wand. In dieser Zeit darf es keine zusätzlichen Belastungen an Steuern, keine neuen Steuern, keine Steuererhöhungen und vor allen Dingen keine neue, zusätzliche Bürokratie geben. Peter Altmaier hat diese Forderung von der FDP übernommen, aber er muss sie endlich auch in der Regierung durchsetzen!“

Theurer erinnerte in seiner Rede daran, dass es die FDP war, die in den Verhandlungen zum Infektionsschutzgesetz eine zeitliche Befristung und den Parlamentsvorbehalt durchgesetzt hat. „Wie geschichtsvergessen muss eigentlich ein Minister Spahn sein, dass er eine Notstandsgesetzgebung ohne Parlamentsvorbehalt vorgeschlagen hat? Wir sind der festen Überzeugung, dass parlamentarische Demokratien besser als jede andere Staatsform geeignet sind, mit einer solchen Krise fertig zu werden“, rief Theurer den Delegierten zu. „Es wäre

doch der Treppenwitz der Geschichte, wenn nicht nur das Virus aus China zu uns gekommen wäre, sondern auch deren autoritäre Strukturen! Wir sind stolz darauf, dass wir die Verteidiger der parlamentarischen Demokratie in einer Not- und Krisenzeit sind!“ Außerdem sprach sich Theurer gegen einen erneuten Lockdown aus, wenn es gelingt, den Gesundheitsschutz mit mildereren Mitteln aufrecht zu erhalten und forderte differenzierte Lockerungsmaßnahmen dort, wo die Infektionslage dies zulasse. „Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ist eine Garantie unserer Freiheitsrechte. Es ist nicht die Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger als Träger von Freiheitsrechten zu begründen, warum Einschränkungen ihrer Freiheit nicht mehr verhältnismäßig sind, nein, es ist in einem liberalen Rechtsstaat die Aufgabe der Regierungen und der staatlichen Behörden zu begründen, warum Einschränkungen der Freiheitsrechte unbedingt erforderlich sind“, so Theurer. „Unter strengen Kriterien des Gesundheitsschutzes – Abstandsgebot, Hygienevorschriften, Desinfektionsmittel, Alltagsmasken – muss es möglich sein, zu einer neuen Normalität zurückzukehren!“

Im Anschluss an die Rede des Landesvorsitzenden und die Wahl des Spitzenkandidaten begann mittags mit der Einbringung des Landtagswahlprogramms als Leitantrag durch Judith Skudelny die programmatische Arbeit auf dem Parteitag. Weit über 200 Änderungsanträge wurden von den Delegierten beraten, bis am frühen Abend das Landtagswahlprogramm verabschiedet werden konnte. Das komplette Wahlprogramm finden Sie auf unserer Homepage unter [www.fdpbw.de/dokument/landtagswahlprogramm-2021](http://www.fdpbw.de/dokument/landtagswahlprogramm-2021).

Übrigens: Alle Interessierten können die knapp achtstündige Aufzeichnung des Parteitags mit den Reden von Michael Theurer und Hans-Ulrich Rülke sowie der kompletten Beratung des Landtagswahlprogramms als Video auf unserem YouTube-Kanal unter [www.youtube.com/fdpbawue](http://www.youtube.com/fdpbawue) anschauen!

Interview mit Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

## 18 FRAGEN AN UNSEREN SPITZENKANDIDATEN

Was ist Ihr Wunsch für die Landtagswahl?

UR: Eine Regierungsbeteiligung der FDP auf Basis unseres Wahlprogramms.

Haben Sie ein Motto?

UR: Konsequenz ist, wer sich selber mit den Umständen wandelt. (Winston Churchill)

Was war Ihr bewegendster Moment in der Politik?

UR: Der Wahlerfolg 2016.

Freie Demokraten  
POLITIK OHNE ZUCKERGUSS  
#BereitFür2021

Was war Ihr Berufswunsch als Kind?

UR: Das hat häufig gewechselt. Insofern ist ein vielfältiges Geschäft wie die Politik schon folgerichtig.

Worauf sind Sie besonders stolz?

UR: Auf eine Familie die intakt ist, obwohl ich so oft nicht zu Hause bin.

Wie sieht ein perfekter Sonntag für Sie aus?

UR: Ohne Termine, nur mit meiner Familie.

Welches Thema steht für Sie bei der Landtagswahl im Vordergrund?

UR: Der Erhalt der Arbeitsplätze in der baden-württembergischen Automobil- und Zulieferindustrie in Verbindung mit dem Klimaschutz und dem Recht auf individuelle Mobilität für die Menschen.

Wer war als Kind Ihr größtes Vorbild?

UR: Die großen Entdecker der frühen Neuzeit.

Was ist Ihre Motivation?

UR: Immer wieder zu erleben, dass Menschen dafür dankbar sind, dass man in ihrem Sinne etwas erreicht hat.





Nach welchen Kriterien treffen Sie am Morgen die Auswahl Ihrer Socken?

UR: Sie müssen ins Gesamtbild der jeweiligen Kleidung passen. Es braucht einerseits Korrespondenzpunkte zu anderen Kleidungsstücken und andererseits sind sie eine Möglichkeit zu einem leichten individuellen Bruch.



Was ist Ihre größte Stärke?  
Was Ihre größte Schwäche?

UR: Beharrlichkeit.  
Eine gewisse rastlose Ungeduld.

Welche Eigenschaften schätzen Sie bei anderen Menschen am meisten?

UR: Verlässlichkeit, Intelligenz, Humor und Lernfähigkeit.



Beschreiben Sie sich in drei Worten!

UR: Ein Meter 90. 88 Kilogramm. Braune Haare und Augen.

Wo trifft man Sie in Ihrer Freizeit am ehesten an?

UR: Im Wald beim Laufen.

Das wichtigste, was politisch geändert werden muss?

UR: Wir brauchen eine bessere digitale Infrastruktur an den Schulen.



Wie sind Sie zur Politik gekommen?

UR: Mich hat die Politik immer schon interessiert. Deshalb habe ich auch unter anderem Politikwissenschaft studiert. Irgendwann wollte ich nach der Theorie die Praxis kennen lernen und kam über die Kommunal- zur Landespolitik.

Wer ist Ihr Lieblingschriftsteller?

UR: Auch das wechselt. In den letzten Jahren Robert Harris.

Und Ihre Lieblingsserie?

UR: Ozark.

Interview mit Dr. Björn Demuth, Präsident des Landesverbands der Freien Berufe Baden-Württemberg e.V.

## Bürokratische Pflichten sind oft völlig praxisfern ausgestaltet



**Fast 750.000 Menschen in Baden-Württemberg sind in Freien Berufen tätig. Vom Künstler über die Zahnärztin und den IT-Berater bis hin zum Wirtschaftsprüfer spiegeln sie eine große Vielfalt wieder. Welche Bedeutung haben die Freien Berufe für unser Land?**

Die Bedeutung der Freiberufler für Baden-Württemberg liegt in ihrer doppelten Natur. Die wirtschaftliche Stärke wurde bereits angedeutet: fast 750.000 Erwerbstätige zählen zu den Freien Berufen, über 26.500 junge Menschen werden bei uns ausgebildet. Freiberufler sind klassische Mutmacher und Chancennutzer: Die Zahl der Selbständigen in den Freien Berufen nimmt in Baden-Württemberg seit Jahrzehnten beständig zu und liegt heute mit insgesamt 176.000 zum Beispiel deutlich über der Zahl an Handwerksunternehmen. Fast jedes dritte Unternehmen hierzulande hat damit einen freiberuflichen Hintergrund. Trotzdem wird in der öffentlichen Wahrnehmung die wirtschaftliche Bedeutung der Freien Berufe oftmals noch unterschätzt. Tatsächlich hatten die von den Freiberuflern in Baden-Württemberg erbrachten Lieferungen und Leistungen

zuletzt einen Wert von knapp 78 Mrd. Euro. Noch deutlicher zeigt sich die heimliche Wirtschaftskraft der Freien Berufe beim Blick auf die Zusammensetzung des Südwest-BIP: mit 10,3 Prozent liegt der Anteil der Freiberufler in ihrer Gesamtheit noch vor dem Fahrzeugbau (9,9 Prozent) und dem Maschinenbau (7,3 Prozent).

Gleichzeitig sind die Freien Berufe mehr als ein bloßer Wirtschaftsfaktor: Ihre Vertreter tragen Sorge für das Gemeinwohl, sichern das Gesundheitswesen und die Rechtsordnung, und prägen die Baukultur und Kunst entscheidend mit. Nicht zuletzt in der Corona-Pandemie zeigte sich diese doppelte Bedeutung der Freiberufler für die Gesellschaft in ganz komprimierter und eindrucklicher Form: sie sind systemrelevant. Denken Sie etwa an die Heilberufe, allen voran an die Ärzte und Apotheker, die sich mit ihren Mitarbeitern vorbildlich und mit grenzenlosem Einsatz gegen die Epidemie stemmen und helfen, die sich immer stärker abzeichnenden gesundheitlichen Folgen abzuwehren. Oder an die Steuerberater, die gegenwärtig vielen Unternehmen mit Rat und Tat zur Seite stehen und helfen, die wirtschaftlichen Zwänge

und Nöte abzufedern, obwohl für sie nicht immer gesichert ist, dass sie diesen Einsatz auch vergütet bekommen, da ja einige ihrer betreuten Unternehmen in deren Existenz gefährdet sind.

**Viele kleine und mittlere Unternehmen in Baden-Württemberg sind durch die Auswirkungen der Corona-Krise unverschuldet in große und teilweise sogar existenzielle Not geraten. Ausbleibende Aufträge, Dienstleistungen, die nicht mehr erbracht werden können, einbrechende Umsätze: Hiervon bleiben natürlich auch die Freien Berufe nicht verschont. Vor welchen Herausforderungen stehen sie jetzt und gibt es Berufsgruppen, die in ganz besonderem Maße von den Einschränkungen betroffen sind?**

Die Corona-Krise hat die deutsche Wirtschaft deutlich ausgebremst. Es droht die schwerste Rezession der Nachkriegsgeschichte. Davon bleiben naturgemäß auch die Freien Berufe nicht verschont. Nach jüngsten Zahlen sehen sich knapp zwei Drittel der selbständigen Freiberufler wirtschaftlich massiv betroffen. Betrachtet nach den vier Säulen sind insbesondere die freien Kulturberufe am stärksten betroffen, drei von vier trifft die Krise stark oder sehr stark. Aber auch bei den freien Heilberufen sind zwei Drittel der Freiberufler besonders betroffen. Das mag verwundern, erklärt sich aber damit, dass beispielsweise die Zahnärzte in Baden-Württemberg zeitweilig von einem vollständigen Berufsverbot betroffen waren. Und auch Fachärzte und Apotheker beklagen einen Umsatzrückgang von 50 bis 80 Prozent, weil die Patienten aus Sorge vor einer Ansteckung die Praxen und Kundenräume meiden. Medikamente etwa werden vermehrt im Internet und nicht der Apotheke erworben. Etwas besser sieht die Lage bei den rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Freiberuflern und bei den technisch-naturwissenschaftlichen Freiberuflern aus: hier sehen wir bei knapp jedem Zweiten wirtschaftlich erhebliche Einbrüche. Die Gerichts- und Behördenschließungen ebenso wie die verzögerte Bearbeitung in den Kommunen sowie deren Ausgabenstopps werden ihre Spuren aber auch hier – nur zeitverzögert – hinterlassen. Wie stark die Folgen sein werden, wird sich aber erst zeigen, wenn es um Neuaufträge und die Begleichung der Honorare geht. Letztendlich sind die Freien Berufe wirtschaftlich wie andere

Unternehmen – wenn auch je nach Berufsgruppe und Tätigkeit – unterschiedlich stark betroffen.

**Zu Recht erwarten viele Freiberufler jetzt konkrete Unterstützung von der Politik. Wie bewerten Sie die bisherigen Hilfsmaßnahmen der Landesregierung? Waren diese ausreichend? Was fordern Sie jetzt von der Politik?**

Tatsächlich war die politische Reaktion in Baden-Württemberg stellenweise schneller und weitreichender, als etwa in anderen Bundesländern. Davon konnten auch die Freiberufler profitieren. Mit der Soforthilfe des Landes wurde überraschend schnell eine erste Liquiditätssicherung eingerichtet. Auf unser Anraten hin wurde das Programm nun verlängert. Dies war uns besonders wichtig, weil bei vielen Freiberuflern die Vergütung nachlaufend erfolgt, d.h. die Vergütung erst nach Abschluss der Leistungserbringung fällig und in Rechnung gestellt wird, so dass trotz Auftragseinbruch noch Vergütungen eingingen. Ohne die nun erfolgte Verlängerung hätten diese Freiberufler nicht vom Rettungsprogramm profitieren können, obwohl umsatzrelevante Unterbrechungen oder Beschränkungen bereits eingetreten waren und sich bereits jetzt mittelfristig ein Liquiditätssengpass abzeichnet.

Davon abgesehen muss allerdings festgehalten werden, dass mit zunehmender Dauer der Krise die Regelungen unübersichtlicher und fragmentierter wurden. Die Corona-Verordnung und ihre übergreifende Auslegung sind nur noch schwer verständlich, viele Regelungen erscheinen widersprüchlich und behandeln Gleiches ungleich und stiften so Verwirrung und Unmut. Dies erschwert natürlich unternehmerisches Handeln. Planungssicherheit und Perspektiven müssen für einen Aufschwung gewährleistet sein, denn rein psychologisch bedarf es einer Aufbruchsstimmung, Zuversicht und daraus resultierendem Mut.

Im Übrigen wäre jetzt die richtige Zeit für eine ganzheitliche Standortanalyse und Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik: welche Themen und Weichenstellungen sind notwendig, damit Baden-Württemberg

langfristig gestärkt aus der Krise hervorgehen kann. Hierfür sind Reformen auf Landesebene genauso gefragt wie entsprechende Initiativen und Anstöße eines der wirtschaftlich wichtigsten Bundesländer auf Bundesebene. Allerdings ist zu befürchten, dass der notwendige politische Elan in dieser Sache durch die Sommerpause und den Landtagswahlkampf nicht aufkommen wird.

**Neben den Auswirkungen der Corona-Krise gibt es natürlich noch viele weitere Herausforderungen, die Freiberuflern als kleinen und mittelständischen Unternehmern das Leben schwermachen. Zum Beispiel findet man in Deutschland wohl kaum einen Menschen, der sich nicht an der einen oder anderen Stelle über den ausufernden Bürokratismus oder die schleppende Digitalisierung beklagen würde. Wie sehr werden die Freien Berufe hierdurch in ihrer täglichen Arbeit eingeschränkt und was erwarten Sie von der Politik in diesen Bereichen?**

Bürokratische Pflichten und Lasten nehmen nicht nur zu, sondern sind oftmals auch völlig praxisfern ausgestaltet, weil die Umsetzung und Handhabung durch die Verwaltung fern jeglicher unternehmerischer Erfahrung erfolgt. Hier wäre vermutlich schon durch mehr praktisches Wissen in der Umsetzung viel erreicht. Grundsätzlich müssen beim Thema Entbürokratisierung aber alle politischen Ebenen berücksichtigt werden, wenn ein nachhaltiger Effekt erzielt werden soll. Eine „One in – one out“ Regel, wie wir sie auf Bundesebene bereits haben, müsste aus unserer Sicht deshalb um gleichlautende Regelungen auf Landes- und Europaebene ergänzt werden.

Beim Thema Digitalisierung hinken wir, auch in Baden-Württemberg, in vielen Bereichen noch immer hinterher. Freiberufler, die ihre Kanzleien, Praxen und Büros oftmals in älteren – auch innerstädtischen – (Wohn-) Gebieten und im ländlichen Raum haben, brauchen zu allererst eine verlässliche Breitbandinfrastruktur. Investitionen in diesem Bereich dürfen sich deshalb nicht einseitig auf Ballungs- und Industriegebiete konzentrieren. Gleichzeitig meint Digitalisierung mehr als nur technische Infrastruktur. Verwaltungsabläufe müssen endlich digital umgesetzt und angebunden und gemeinsame Schnitt-

stellen identifiziert und genutzt werden.

**Menschen, die als Selbstständige, Unternehmer und Gründer eigenverantwortlich ihre Ideen und Visionen mit Kreativität und Schaffenskraft in die Tat umsetzen wollen, benötigen Freiräume und ein Klima des Zutrauens. Doch anstatt sie zu fördern und zu unterstützen, legen Politik und Verwaltung diesen Menschen vielerorts Steine in den Weg. Welche Hürden und Defizite sehen Sie ganz allgemein für eine stärkere Kultur der Selbstständigkeit in unserem Land?**

Wir brauchen einen generellen Mentalitätswandel, der Unternehmertum und die damit zusammengehörenden Risiken und Herausforderungen würdigt und ein eventuelles Scheitern nicht als persönlichen Makel erscheinen lässt. Aus Kosten-Nutzen-Sicht muss zudem festgehalten werden, dass sich Selbstständigkeit am Ende des Monats finanziell vielfach nicht mehr lohnt, weil Steuern und Abgaben zu Risiko, verbleibendem Ertrag und Arbeitseinsatz in keiner gesunden Balance mehr zueinanderstehen. Wer dieses Missverhältnis nicht angehen will, darf sich über ein fehlendes Gründertum nicht beklagen, inklusive den daraus resultierenden Versorgungsengpässen auch in den Freien Berufen.

**Zu guter Letzt: Wenn Sie einen Wunsch frei hätten, was wäre das erste große Projekt, das Sie anstoßen würden?**

Es gibt einige Punkte, die uns Freien Berufen das Leben leichter und unsere Leistung den Bürgern unseres Landes gegenüber effizienter machen würden. Dabei würde ich spontan – wenn ich schon einen Wunsch äußern darf – Folgendes wählen: „Mehr Kammer wagen“, ein Motto, das wir auch schon vor zwei Jahren auf unserem alljährlichen politischen Abend mit Vertretern der Landtagsfraktionen diskutiert haben. Gemeint ist damit, den freiberuflichen Kammern insgesamt mehr Autonomie und Verantwortung zu übertragen. Die freiberuflichen Kammern können Sachverhalte im Allgemeinen schneller und effektiver erledigen, weil das die Spezialisten in den jeweiligen Themen sind und entsprechend die einzelnen Problem- und Fragestellungen



„Freiberufler, die ihre Kanzleien, Praxen und Büros oftmals in älteren – auch innerstädtischen – Wohngebieten und im ländlichen Raum haben, brauchen zu allererst eine verlässliche Breitbandinfrastruktur.“

effizient und effektiv regeln können. Ein Beispiel aus aktuellem Anlass: Zu Beginn der Pandemie war die Beschaffung von Schutzkleidung und Desinfektionsmittel ein großes Problem. Die Landesapothekerkammer Baden-Württemberg hat deshalb in Abstimmung mit der Landesärztekammer rasch ein Online-Portal für Desinfektionsmittel eingerichtet, um kleinteilige Anbieter, namentlich Apotheken, die Desinfektionsmittel in Eigenregie herstellen, mit Nachfragern zusammenzubringen. Letzteres waren hauptsächlich niedergelassene Ärzte, deren Desinfektionsmittel-Bestand aufgebraucht war und die über die üblichen (Groß-) Lieferanten keinen Nachschub mehr erhielten. Mit nur wenigen Klicks konnte so der regionale Bedarf situationsgerecht gedeckt werden. Und ganz allgemein gesprochen waren es die Landesärztekammer und ihre Untergliederungen, die vor Ort die Versorgung organisiert und aufrechterhalten haben. Ein Großteil der Corona-Versorgung lief ja über den ambulanten Sektor, auch wenn im Fokus der medialen Öffentlichkeit der stationäre Sektor stand.

Ein anderes Beispiel sind die Steuerberater, die Unternehmen bei der Liquiditätsbeschaffung unterstützt haben, während die Kammern die zahlreichen unklaren Aspekte mit der Finanzverwaltung direkt geklärt und ihren Mitgliedern so wertvolle Rücken-deckung gegeben haben. Das sind meiner Meinung nach zwei ganz eindrucksvolle Beispiele für zielgerichtete und praxisorientierte Lösungen, die durch starke freiberufliche Kammern ermöglicht wurden und die deren Leistungspotential verdeutlichen.

Ein ganz konkreter Wunsch wäre abschließend aber noch ein anderer: wir Freiberufler sind in der Rechtsformwahl eingeschränkt, werden aber zunehmend in die Gewerblichkeit getrieben. Hier wäre es schön, wenn die Gesellschaftsrechtsreform des Bundesjustizministeriums zeitnah und vor allem noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt würde und die Kammern das Recht bekommen, die standesrechtlichen Anforderungen dazu eigenständig zu formulieren.

Gastbeitrag von Michael Theurer MdB, Landesvorsitzender

## Aufstocken als Chance: Liberales Bürgergeld für künftigen Wohlstand



Die Corona-Krise wird mittelfristig erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt einerseits und die Bildungschancen junger Menschen andererseits haben. Das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft muss jetzt erneuert werden, damit sozialer Aufstieg weiter möglich ist.

Dass die SPD-Vorsitzende Saskia Esken im Sommerinterview jeden Stolz der ältesten deutschen Partei aufgab und sich mehr als ein Jahr vor der Bundestagswahl sowohl für einen grünen Kanzler als auch für eine Koalition mit der Linkspartei auf Bundesebene offen zeigte, lässt sich als Fortsetzung des Selbstverleugungskurses einer ehemaligen Arbeiterpartei verstehen.

Die SPD hat in den 60ern und 70ern, gerade in Zusammenarbeit mit der „Bildung ist Bürgerrecht“-FDP, das Land mit Gymnasien und Universitäten ausgestattet, den zweiten Bildungsweg erleichtert und die duale Ausbildung gestärkt, um so sozialen

Aufstieg durch eigene Leistung zu ermöglichen. Mit den ausklingenden 90er Jahren zeigten sich jedoch neue Gefahren für den sozialen Aufstieg, für die Lebenschancen weiter Teile der Bevölkerung: Wachstums- und Innovationsschwäche sowie hartnäckige Langzeitarbeitslosigkeit – letztere wiederum auch mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die Kinder in den betroffenen Familien.

Anfang des Jahrtausends hat die SPD eine mutige Reformagenda vorangetrieben, um das Sozialsystem zu entrümpeln und insbesondere der Massenarbeitslosigkeit ein Ende zu setzen. Die Devise lautete: Sozial ist, was Arbeit schafft.

Doch egal ob „Hartz“, „Agenda 2010“ oder „Aufstocker“: Die Schlüsselbegriffe sind im Jargon der Sozialdemokraten längst Schimpfworte. Die SPD ist nicht mehr stolz darauf, mit der Agenda 2010 sozialen Aufstieg für Millionen Menschen ermöglicht zu haben. Sie schämt sich dafür und hat die Deutungs-

hoheit den Linken überlassen. Da hilft auch kein Olaf Scholz als realpolitisches Feigenblatt, die SPD hat sich von den Wünschen und Träumen der arbeitenden Mitte verabschiedet.

Doch das Thema des sozialen Aufstiegs wird durch die Corona-Krise wieder hochaktuell. Die Arbeitslosenzahlen steigen, Millionen sind in Kurzarbeit und die wirklichen Folgen für die Menschen sind noch nicht absehbar. In den Unternehmen ist die harte Realität angekommen. Wir sind nicht auf Wohlstand abonniert. Es besteht die ernsthafte Gefahr, dass nach der Infektionswelle eine Insolvenzwellen der Unternehmen kommt. Gleichzeitig treten die Versäumnisse und Rückstände bei der Digitalisierung immer deutlicher zu Tage. Besonders augenfällig ist das beim Staat selbst: Digitalisierung der Verwaltung, des Gesundheitssystems, der Schulen und Hochschulen - überall besteht immenser Nachholbedarf. Darunter leiden insbesondere Schüler aus bildungsfernen Haushalten. Sie stehen vor Herausforderungen, die so vorher kaum vorstellbar waren. Wie kommen wir da wieder raus?

Zunächst ist festzuhalten, dass die Idee der „Aufstocker“ eine absolute Erfolgsgeschichte ist. Arbeitslose werden dazu animiert, sich zumindest einen kleinen Job zu suchen. Die ersten 100 Euro dürfen voll behalten werden, von den nächsten 100 Euro müssen jedoch bereits 80 Euro wieder abgegeben werden. Ein solcher kleiner Job gibt zumindest ein Gefühl für Organisation, Sinn, Struktur – und ein bisschen extra Geld. Bei höheren Verdiensten sind die sogenannten Transferenzugsraten allerdings recht hoch, für einen zusätzlich verdienten Euro dürfen teils weniger als 10 Cent behalten werden. Das fühlt sich an wie eine über 90-prozentige Steuer, kein besonders toller Arbeitsanreiz. Dennoch ist das System schon heute recht erfolgreich. Eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung – dessen Chef Marcel Fratzscher im Ruf steht recht SPD-nah zu sein – fand bei der Analyse von Daten der Jahre 2005 bis 2017 heraus, dass Aufstocker eine viel höhere Chance haben, sich später vollständig selbst zu finanzieren, als Arbeitslose. Die Besonderheit ist, dass bei diesen Daten erstmals die Lebenswege von Einzelpersonen nachverfolgt werden konnten.

Kritiker des „Aufstocker“-Systems aus LINKE und SPD behaupten, dieses subventioniere ein Dumpinglohnsystem, aus dem die Empfänger nicht mehr her-

auskämen. Das kann man nun als empirisch wiederlegt betrachten. Im Gegenteil ist es eine Forderung genau dieser Kritiker, die Menschen im Arbeitslosensystem gefangen halten würde: Ein politisch festgesetzter Mindestlohn von 12 Euro oder mehr. Das würde bei Menschen, die sich aus einer schwierigen Situation herausarbeiten wollen, die untersten Sprossen auf der Leiter entfernen – sie könnten in vielen Fällen gar nicht erst einsteigen.

Statt also auf diesem Wege den Einstieg zu erschweren, sollte das Aufstocker-System noch leistungsfreundlicher ausgestaltet werden, indem die Entzugsraten verringert werden. Das ifo-Institut hat bereits letztes Jahr ausgerechnet, welche Wirkung das hätte: Es würden je nach Ausgestaltung grob zwischen 100.000 und 250.000 neue Jobs entstehen, die Einkommen der betroffenen Haushalte steigen gegenüber heute an, Armut und Ungleichheit werden gedämpft. Finanzierbar wäre die Umgestaltung sehr leicht, langfristig würde sie für den Staat sogar mehr zusätzliche Einnahmen als zusätzliche Ausgaben bringen.

Besonders dringend notwendig wäre eine solche Umgestaltung auch für Alleinerziehende. Durch die Wechselwirkung verschiedener Regelungen gibt es einen Einkommenskorridor, wo alleinerziehende Eltern quasi keine Chance haben, durch mehr Leistung mehr zu verdienen. Nehmen wir eine ganz normale Akademikerin, alleinerziehend mit zwei Kindern, vielleicht im Marketing eines Mittelständlers: In Vollzeit würde sie im Monat 3400 Euro brutto verdienen, da sie wegen der Kinder in Teilzeit gegangen ist arbeitet sie zu 50%, also 1700 Euro brutto. Die Transferenzugsraten liegen für sie bei oder, was eigentlich gar nicht vorkommen dürfte, über 100%. Das bedeutet: Wenn sie wieder mehr arbeiten will, vielleicht auf 70%, hat die alleinerziehende Mutter am Ende keinen Cent mehr in der Tasche als vorher. Die sogenannte Teilzeitfalle schnappt über das Sozialsystem zu. Dies kann und muss geändert werden.

Die FDP hat schon letztes Jahr mit einem umfassenden Konzept unter der Überschrift „Liberales Bürgergeld“ vorgelegt, die Debatte muss dringend in einer breiten Öffentlichkeit geführt werden.

Doch es darf nicht nur um die Eltern gehen, wir müssen auch über die Kinder reden: Die Umstellung der Schulen auf digitalen Unterricht gelang nur teilweise – und auch nur dort, wo sich Lehrer weit über

das hinaus engagierten, was man von ihnen erwarten kann. Jahrzehnte verschlafener Digitalisierung im Bildungssystem wurde auf einen Schlag wie unter einem Brennglas schmerzhaft sichtbar. Die Eltern mussten sich nicht nur um die Aufsicht ihrer Kinder und deren fehlende Struktur und Sozialkontakte kümmern, sondern auch den Unterricht teilweise selbst gestalten. Auch hier gibt es schon die ersten Untersuchungen, wozu das geführt hat. Wie zu erwarten am stärksten zu schlechteren Bildungschancen für die – ohnehin schon benachteiligten – Kinder aus bildungsfernen Haushalten.

Auch hier muss dringend angepackt werden. Die Schulen müssen angefangen vom Glasfasernetz bis zu entsprechenden Lern- und Konferenzprogrammen mit der passenden Hard- und Software ausgestattet und die Lehrer damit geschult werden. Es geht hier nicht nur um die Digitalisierung dessen, was auch analog möglich ist, sondern um digitale Transformation: Lehrer müssen auch in der Lage sein, digital die Wege zu gehen, die analog gar nicht offen stehen. Natürlich kann das nicht in jeder Situation ein gleichwertiger Ersatz für Präsenzunterricht sein, sondern im Regelfall nur eine Ergänzung und

sogar eine Erweiterung. Doch die Möglichkeit muss es geben. Es ist zu einfach, wenn die Regierungen in Bund und Ländern schlicht auf die Pandemie verweisen, um sich zu exkulpieren.

Sie müssen vielmehr dafür sorgen, dass eine Pandemie nie wieder dazu führt, dass Unterricht ersatzlos abgesagt, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer alleine gelassen, Kinder vernachlässigt werden. Kindern darf das Recht auf Bildung nie wieder vorenthalten werden. Zukünftig muss es eine Schulpflicht für den Staat geben.

Es gibt keinen anstrengungslosen Wohlstand. Doch in Deutschland muss es für alle die Möglichkeit geben, sich durch eigene Leistung ein auskömmliches Einkommen und letztlich auch ein selbstbestimmtes Leben zu erarbeiten, in dem jeder nach seiner eigenen Weise glücklich werden kann. Dafür müssen politisch endlich die richtigen Weichen gestellt werden.

**Dieser Text erschien am 10.8.2020 als Gastbeitrag bei Focus-Online.**





## Was heute und morgen zählt

Von Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, Vorsitzender der FDP/DVP Landtagsfraktion



Zu Beginn des Jahres war die Welt in vielen Punkten noch eine andere. Eine solide Wirtschaft und sprudelnde Steuereinnahmen machten den Regierungen das Leben leicht. Der Ministerpräsident sprach aus voller Überzeugung in seiner Neujahrsansprache davon, „dass unser Land allen Grund zur Zuversicht hat.“ Die Coronakrise änderte vieles, plötzlich wurden Gesetze, Regelungen und Maßnahmen ergriffen, teilweise in atemberaubender Geschwindigkeit und nicht immer durchdacht.

Zu Beginn des Jahres war die Welt in vielen Punkten gleich. Der Staat kümmerte sich zu sehr um unnötige Vorschriften und zu wenig um moderne Infrastruktur. Beste Bildung mit modernsten Methoden war mehr Vision als Realität. Über Gesetze wurde viel gesprochen, während personelle und technische Ausstattung der Polizei- und Aufsichtsbehörden hinterher blieb.

Die Coronakrise wirkt als Katalysator. Viele Schwächen werden sichtbar. Bereits jetzt weisen alle Zahlen darauf hin, dass wir vor einer handfesten Konjunkturkrise stehen. Momentan wird noch viel durch milliardenschwere Sofortprogramme und Kurzarbeit abgefangen. Diese tragen wir mit, wenn

es darum geht, Existenzen, Arbeitsplätze und den Wohlstand der Zukunft zu sichern. Auf Dauer muss die Wirtschaft aber wieder gesund auf eigenen Beinen stehen.

Die Politik muss angesichts dieser ernststen Situation eine Antwort darauf geben, wie es weitergehen kann. Wir haben zeitnah ein Papier erstellt, in dem Wege aus der Wirtschaftskrise mit klarem liberalen Kompass dargestellt werden. Nur ein Vielklang aus Entlastungen, Entbürokratisierungen, unternehmerischen Freiräumen, Stärkung der Infrastruktur – vor allem im digitalen Bereich – und einer richtigen Technologiepolitik – etwa der Abkehr von der in vielerlei Hinsicht schädlichen Fokussierung auf batteriegetriebene Mobilität – wird den Aufschwung unterstützen können. Das Gute daran: Wir mussten diese Dinge nicht neu erfinden; es sind gut durchdachte und unverwechselbare Konzepte, die wir auch schon vor der „Coronazeit“ unermüdlich vorbrachten. Unsere Politik nach liberalem Kompass kann sich auch und gerade in schweren Zeiten treu bleiben.

Die wirtschaftlichen Entwicklungen der kommenden Monate werden entscheidend. Dazu kommen aktuelle Entwicklungen, die uns alle vor Heraus-

forderungen stellen. Die Krawallnacht in Stuttgart hat gezeigt, wie fragil die Gesellschaft ist und wie schnell Entwicklungen unkontrolliert eskalieren können. Hier darf die Politik nicht zur Tagesordnung übergehen. Es ist geboten, nach Gründen zu fragen und diese dann auch anzugehen.

Dabei darf es keine Tabus geben. Klare rechtsstaatliche Maßnahmen, beispielsweise zur Bekämpfung von Jugendkriminalität und des Missbrauchs von Aufenthaltsrechten, müssen in die Tat umgesetzt

werden. Es geht jetzt nicht nur darum, hinter der Polizei zu stehen, sondern ihr auch den Rücken zu stärken – mit besserer Ausstattung, Organisation und Personal.

Verantwortung für morgen braucht eine klare Sicht auf die Realitäten und Ideen. Wir sind gut gerüstet.

Ihr

*Klaus-Ulrich Rießke*

## Wege aus der Wirtschaftskrise

### Ein liberaler Kompass

Umsatzausfälle in Milliardenhöhe und flächendeckende Kurzarbeit sind die Vorboten einer Rezession, bei der es um nicht weniger geht als unseren Wohlstand in Baden-Württemberg. Mit einem Konjunkturpaket im Volumen von rund 130 Milliarden Euro will die Bundesregierung den schwierigen Weg aus der Krise bewältigen. Bundestag und Bundesrat haben am 29. Juni 2020 mit dem Corona-Steuerhilfegesetz die temporäre Absenkung der Mehrwertsteuer, einen Kinderbonus sowie steuerliche Erleichterungen und Überbrückungshilfen gerade für kleine und mittelständische Unternehmen beschlossen. Diese Maßnahmen mögen geeignet sein, um das Konsumklima zu verbessern und die Konjunktur anzukurbeln.

Sie sind aber auch verbunden mit Bürokratie und nur auf einige Monate angelegt. Vor allem aber bleiben Bundes- und Landesregierung weit hinter den aus unserer Sicht erforderlichen Maßnahmen zurück, die wir bereits Mitte Mai in einem Positionspapier dargelegt haben. Für die FDP/DVP Fraktion ist klar, dass es nur mit einem klaren liberalen Kompass und einem umfassenden Maßnahmenbündel gelingen kann, die Talsohle der Rezession schnell zu durchschreiten. Daher trägt das Papier unter dem Titel „Liberale Wege aus der Wirtschaftskrise“ zahlreiche Konjunkturimpulse zusammen, mit denen wir in zwei Sonderkonjunkturjahren die hiesige Wirtschaft auf Spur halten und den Wohlstand und die Arbeitsplätze im Land sichern wollen.

Mehr zum Thema erfahren Sie auf unserer Homepage [www.fdp-dvp-fraktion.de/](http://www.fdp-dvp-fraktion.de/) unter dem Stichwort „Aufschwung2022“.

**Mit Ideen und Innovationen aus der Krise!**

#AUFSCHWUNG2022

## Wirksame Mittel für unsere Polizei statt nur Placebo

Was hat einen Mehrwert für die Polizeiarbeit?



Kritik, die den Richtigen trifft: Dr. Hans-Ulrich Rülke im Landtag an die Adresse des Innenministers

Seit rund 2 Jahren forciert Innenminister Strobl weitere Verschärfungen im Polizeigesetz. Der Entwurf liegt seit einigen Monaten vor. Er enthält beispielsweise eine Ausweitung der Nutzung von Bodycams in Wohnungen, das Recht auf eine weitgehend anlasslose Identitätsfeststellung und Durchsuchung bei Großveranstaltungen und eine kaum eingegrenzte verdeckte Kennzeichenerfassung. Organisationen wie der Anwaltsverband äußerten bereits „durchgreifende verfassungsrechtliche Bedenken“ hinsichtlich einzelner Maßnahmen.

Zufällig beginnen die Gesetzesberatungen nur wenige Wochen nach der Stuttgarter Krawallnacht und schon fordern CDU-Politiker mit Verweis hierauf die bedingungslose Unterstützung für das Vorhaben ein. „Wir müssen aber genau auseinanderhalten, was echten Mehrwert für die Polizeiarbeit hat und was reines Placebo ist“, warnt unser innenpolitischer Sprecher Prof. Dr. Ulrich Goll.

Dass wir heute weniger Polizei auf der Straße als 2016 haben, weil der Innenminister seine Einstellungsoffensive zu spät begann oder sich 10 Polizisten ein Smart-

phone teilen müssen, sind die wirklichen Probleme für die Polizei - und nicht unzureichende Gesetze. „Herr Strobl wollte die Polizeireform zunächst klammheimlich innerhalb von drei Wochen noch vor der Sommerpause durch den Landtag peitschen. Das haben wir verhindert, weil es aus unserer Sicht zwingend einer öffentlichen Expertenanhörung bedarf“, so Prof. Goll. Diese soll voraussichtlich nach der Sommerpause stattfinden. Die FDP/DVP Fraktion wird danach Änderungsanträge einbringen, um sicherzustellen, dass Bürgerrechte nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden.

Unser Positionspapier zur Krawallnacht von Stuttgart finden Sie auf unserer Homepage unter [www.fdp-dvp-fraktion.de](http://www.fdp-dvp-fraktion.de)



## Für ein Recht auf beste Bildung

### Bildungswert durch Corona geschärft

Bei allen negativen Konsequenzen für unser Bildungswesen hat die Corona-Pandemie auch eines bewirkt: Das allgemeine Bewusstsein für den Wert der Bildung zu schärfen. Während zuvor junge Menschen auf Kosten ihrer Schulbildung streikten, gehen mittlerweile Eltern für die Bildungschancen ihrer Kinder auf die Straße. Auch die FDP/DVP Fraktion sieht eine ihrer Kernaufgaben darin, einem Recht zur Durchsetzung zu verhelfen, das bis vor kurzem nach allgemeinem Verständnis als Selbstverständlichkeit galt: dem Recht auf Bildung. Dabei gilt es nach unserer Auffassung nicht nur dafür zu sorgen, dass der Unterricht auch unter Pandemiebedingungen im vorgesehenen Umfang stattfinden kann, sondern auch, dass er höchsten Qualitätsansprüchen genügt. Wir haben deshalb ein Positionspapier vorgelegt mit dem Ziel, das Veränderungspotenzial der Krise für eine erstklassige Bildung zu nutzen. Neben fünf Akutforderungen, die unsere Schulen für Krisen wetterfest machen sollen, ziehen wir auch fünf grundlegende Schlussfolgerungen.

Einerseits gilt es, insbesondere die Digitalisierung für die bestmögliche Entfaltung jedes einzelnen Schülers zu nutzen. Andererseits wurde durch die Schulschließungen noch einmal deutlich, dass weder die Mitlernenden noch der Lehrer in einem gelingenden Lernprozess ersetzbar sind. Das individuelle und soziale Lernen in Einklang zu bringen, ist nach unserer Überzeugung eine Aufgabe, die einer liberalen Bildungspolitik geradezu auf den Leib geschneidert ist.

Unsere Positionen zu „Akutmaßnahmen und Schlussfolgerungen aus der Corona-Pandemie für unsere Schulen“ finden Sie auf unserer Homepage unter [www.fdp-dvp-fraktion.de](http://www.fdp-dvp-fraktion.de)



## Grundlagen der Digitalisierung für den Alltag

E-Government als wichtiger Schritt in Richtung Bürokratieabbau



Inzwischen ist es in fast jedem gesellschaftlichen Bereich selbstverständlich geworden, seine Geschäfte und Belange online abzuwickeln und erledigen zu können. Wir Freie Demokraten möchten, dass das auch bei Verwaltungsdienstleistungen selbstverständlich ist. Denn damit geht eine erhebliche Zeitersparnis einher, gleichermaßen für Verwaltungspersonal und Bürger. Auch eine Einsparung von unterschiedlichen Ressourcen ist damit möglich. Alles in allem sind E-Government-Dienste ein wichtiger Schritt in Richtung Bürokratieabbau.

Grundlage für jegliche Digitalisierungsbestrebungen ist ein flächendeckender Ausbau des Glasfasernetzes. Denn nur mit schnellem Internet lassen sich neue digitale Anwendungen und Produkte nutzen und weiterentwickeln. Für uns Freie Demokraten bedeutet schnelles Internet 1000 Mbit/s und nicht - wie für die Landesregierung - Bandbreiten von 30 Mbit/s. Wir müssen jetzt zukunftsorientiert handeln um den zunehmenden Bedarf an Bandbrei-

te von Unternehmen, Verwaltungen und Privatpersonen decken zu können.

Um die Mammutaufgabe Digitalisierung stemmen zu können fordern wir Freie Demokraten die Einrichtung eines eigenständigen Digitalisierungsministeriums. Digitalisierung muss auf Landesebene endlich zur Chefsache gemacht werden, halbherzige und schlecht umgesetzte Lösungsansätze wie die Bildungsplattform „ella@BW“ können nicht unser Anspruch sein. Wir brauchen jetzt digitale Lösungen, die das Leben der Menschen einfacher und besser machen. Dabei müssen auch die potentiellen Risiken von Digitalisierung, wie etwa Cyber-Sicherheit und der Schutz kritischer Infrastruktur, ernst genommen werden. Für uns ist wichtig: Alle Menschen müssen von Digitalisierung profitieren und niemand darf sich zurückgelassen fühlen.

## Bleibt alles anders

### Corona-Krise wendet die Vorzeichen der Finanzpolitik der Landesregierung – scheinbar

Die Finanzpolitik der Landesregierung kam seither so seriös daher: keine neuen Schulden gemacht, sogar 1,25 Milliarden getilgt. Und nun, coronabedingt: 5 Milliarden Euro Schuldenaufnahme für Krisenhilfen, bis zu weiteren 7 Milliarden sind möglich aufgrund der Steuerausfälle in 2020 und 2021. Wahrscheinlich werden diese auch ausgeschöpft. Am Ende könnten 12 Milliarden Euro neue Kredite aufgenommen werden, bei einem Schuldenstand von 45 Milliarden und einem Haushaltsvolumen von ca. 53 Milliarden Euro pro Jahr.

Corona ist ein großer Einschnitt. Was aber wie eine 180 Grad-Wendung aussieht, passt in Wahrheit zum gezeigten Verständnis von Staatsfinanzierung der Grünen und CDU. Man sieht sich nicht in der Verantwortung für die Landesschulden, besonders nicht, wenn man dadurch andere Ausgaben kürzen muss. Daher hat das Land seit 2017 eben nicht, wie eigentlich vorgeschrieben, knapp 7 Milliarden Euro an Schulden getilgt, sondern eben nur 1,25.

Der Rest wurde in Sanierungsinvestitionen umgeschichtet. Dass diese nötig sind, bestreitet niemand, aber eine seriöse Haushaltspolitik hätte diese stemmen können und trotzdem Schulden tilgen. Aber eben auf Kosten von Projekten und neuen Stellen!

Sich bei Einweihungen feiern lassen, ist eben attraktiver als Schulden zu tilgen, die draußen niemanden drücken. Und daher ist auch die Neigung der Regierungsfractionen, bei der möglichen Schuldenaufnahme ans Äußerste des Zulässigen zu gehen, heute schon zu greifen. Das dies auf Kosten zukünftiger Generationen geht, ist bei den sonst so auf Nachhaltigkeit bedachten Parteien keine Überlegung wert.



## Impressum

FDP/DVP Fraktion im Landtag Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 3  
70173 Stuttgart

Tel.: 0711 2063-918

Fax: 0711 2063-610

E-Mail: [post@fdp.landtag-bw.de](mailto:post@fdp.landtag-bw.de)

Web: [www.fdp-dvp.de](http://www.fdp-dvp.de)

Verantwortlich: Dr. Jan Havlik (Pressesprecher)

Fotos: FDP/DVP Fraktion, istock, Pixabay

## Pflegekammer

Die Pflegekammer hilft den Pflegekräften nicht, sie belastet diese



Die grün-schwarze Koalition hat es sich zum Ziel gesetzt, eine Pflegekammer einzurichten. Hierzu wurde im Jahr 2018 eine Umfrage durchgeführt, die jedoch nur selektiv erfolgte. Dabei waren die Fragen aus unserer Sicht auch so gestellt, dass man fast schon automatisch zu einer positiven Einschätzung über die Wirkung einer Pflegekammer kommen musste. Einen ausdrücklichen Hinweis, dass es um eine Pflichtmitgliedschaft mit Pflichtbeiträgen geht, hat auf dem Fragebogen selbst gefehlt. Auch wurde nicht klar benannt, dass die Pflegekammer selbst eben gerade keine Tarifvertragspartei ist und deshalb auf die unmittelbaren Arbeitsbedingungen, wie vor allem das Gehalt, keinerlei Einfluss hat. Wir als FDP/DVP Landtagsfraktion meinen, dass die Pflege ein sehr wichtiger Bereich ist, der gestärkt werden soll.

Hierzu haben wir ein umfassendes Papier anhand von sechs Schwerpunktbereichen erarbeitet, das in unserem Internetauftritt einsehbar ist. Verbesserungen für die Pflege: Ja! Neue bürokratische Strukturen mit hohen Kosten: Nein!

Unsere Positionen zu „Die Pflege der Zukunft: Die pflegerische Versorgung nachhaltig stärken“ finden Sie auf unserer Homepage unter [www.fdp-dvp-fraktion.de](http://www.fdp-dvp-fraktion.de)



# OHNE FLEISS KEIN PREIS

## TRAININGSANGEBOTE FÜR POLITISCH AKTIVE

Sie sind politisch interessiert oder bereits aktiv? Sie möchten sich (weitere) Fähigkeiten aneignen, um mit Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog zu treten und für liberale Politikansätze zu werben? Sie wollen Tricks und Kniffe politischer Kommunikation erlernen, eine Kampagne mitorganisieren, ehrenamtliche Unterstützer anleiten oder sich rhetorisch fit machen? Unsere unterschiedlichen Seminarangebote geben Ihnen dafür Gelegenheit – online und vor Ort! Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

### **Online – Frühstückstrainings**

#### → **Social Media #Thursdates**

- 🕒 30.07.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr
- 🕒 06.08.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr
- 🕒 27.08.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr
- 🕒 03.09.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr
- 🕒 10.09.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr

#### → **Redenschreiben**

- 🕒 14.08.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr

#### → **Podiumsdiskussion und Debatte**

- 🕒 19.08.2020 / 07:30 - 08:30 Uhr
- 🕒 20.11.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr

#### → **Gesprächsführung**

- 🕒 26.08.2020 / 07:30 - 08:30 Uhr
- 🕒 27.11.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr

#### → **Politische Rede**

- 🕒 09.09.2020 / 07:30 - 08:30 Uhr

#### → **Digitale Konferenzen moderieren**

- 🕒 18.09.2020 / 08:00 - 09:30 Uhr
- 🕒 11.11.2020 / 07:30 - 09:00 Uhr

#### → **Manuskripttechniken**

- 🕒 25.09.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr
- 🕒 11.12.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr

#### → **Wirkfaktor Stimme**

- 🕒 02.10.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr

#### → **Schlagfertigkeit**

- 🕒 09.10.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr

#### → **Dialogische Infostand-Konzepte**

- 🕒 16.10.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr
- 🕒 04.12.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr



#### → **Marketing im eigenen Netzwerk**

- 🕒 23.10.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr

#### → **Persönlichkeit zählt!**

- Souveräne Wirkung durch Körpersprache
- 🕒 30.10.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr

#### → **Kandidatenrede**

- Erfolgsfaktoren von Vorstellungsgesprächen zur Kandidatur
- 🕒 18.12.2020 / 08:00 - 09:00 Uhr

### **vor Ort**

#### → **Frauen in der Politik**

Training zu Status, Durchsetzungsstärke und stilicherem Auftreten

- 🕒 19.09.2020 📍 Langenau
- 🕒 20.09.2020 📍 Stuttgart

#### → **Liberal Skill Camp**

Kompaktraining für Kampagne und politischen Dialog

- 🕒 26.09.2020 📍 Ulm
- 🕒 27.09.2020 📍 Stuttgart

#### → **Frauen führen anders**

Leadership im politischen Ehrenamt

- 🕒 07.11.2020 📍 Stuttgart

#### → **Social Media in der politischen Kommunikation**

- 🕒 08.11.2020 📍 Rems-Murr-Kreis
- 🕒 14.11.2020 📍 Kreis Villingen-Schwenningen
- 🕒 21.11.2020 📍 Reutlingen
- 🕒 22.11.2020 📍 Karlsruhe



#### → **Auftreten, überzeugen, gewinnen!**

- Intensivtraining in 4 Trainingsmodulen für Kandidatinnen und Kandidaten
- 🕒 28.11. / 29.11.2020 📍 Stuttgart

Programm und Anmeldung unter [www.reinhold-maier-stiftung.de/content/trainings](http://www.reinhold-maier-stiftung.de/content/trainings)

#### Veranstalter

Reinhold-Maier-Stiftung  
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Landesbüro Baden-Württemberg

#### Anmeldung unter

[www.reinhold-maier-stiftung.de/content/trainings](http://www.reinhold-maier-stiftung.de/content/trainings)  
Telefon: +49 30 22 01 26 34 (Mo - Fr von 08:00 bis 18:00 Uhr)  
[service@freiheit.org](mailto:service@freiheit.org)